

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste,
liebe Genossinnen, liebe Genossen,

gegen Jahresende darf man tief ausatmen, sich zurücklehnen, es sich gut gehen lassen. Und zum neuen Jahr muss man tief einatmen, aufstehen und den neuen Aufgaben in Augenhöhe entgentreten. Mit diesem guten Vorsatz begrüße ich mit Ihnen das Neue Jahr 2005. Ich hoffe sehr, dass für Sie alle die hinter Ihnen liegenden Feiertage "zwischen den Jahren" erfreulich, belebend und erlebnisreich waren.

Für viele Menschen waren sie das nicht, und an die müssen wir zuerst denken. Wie schnell das Paradies auf Erden zur Hölle werden kann, haben die Bilder und Nachrichten aus Südostasien gezeigt. Tsunami - Welle im Hafen - heißt dieses tot bringende Naturschauspiel, das über 160.000 Menschen das Leben gekostet hat. Über eine Million sind ohne Obdach und haben nichts mehr, noch nicht einmal sauberes Trinkwasser.

Es beeindruckt mich seit Jahren, wenn vor Weihnachten von verschiedenen Organisationen und Stiftungen zu Spenden aufgerufen wird und wie im letzten Jahr viele Mio. Euro gespendet werden. Was aber rund um den Jahreswechsel passierte war mehr als beeindruckend, es war überwältigend:

Menschen, die sicherlich bereits zuvor überlegt hatten, was sie entbehren können, haben nochmals ihr Herz und ihren Geldbeutel geöffnet, um für die Opfer der Katastrophe zu spenden.

Und mancher 20 Euro Schein hat sicher mehr wehgetan, als die eine oder andere Großspende. Und ich bin froh, dass allen voran die Bundesregierung schnelle Hilfe zugesagt und geleistet hat, mit Worten, Geld und Taten. Auch den Angehörigen des auswärtigen Amtes, der Botschaften, den freiwilligen Helferinnen und Helfern der Hilfsorganisationen und den Soldatinnen und Soldaten gebührt Dank und Respekt.

Ich wünsche den Menschen in unserem Land, die auch heute noch auf Lebenszeichen von Vermissten hoffen, dass es noch Wunder gibt und wo das

nicht passiert, dass sie zumindest Gewissheit bekommen über das Schicksal ihrer Angehörigen.

Ihnen allen, sehr geehrte Damen und Herren,
wünsche ich von Herzen für das Jahr 2005 Glück, Erfolg, Zufriedenheit und vor allem Gesundheit. Es fällt mir nicht leicht, jetzt den Schalter einfach umzulegen und zur Tagesordnung überzugehen. Aber wir sind hier zu unserem Start ins neue Jahr zusammengekommen, um das Jahr 2004 zu würdigen und uns auf das Jahr 2005 einzustimmen.

Das Jahr 2004 wurde ausgerufen zum Jahr der Reformen.

„Wir müssen den Mut aufbringen, in unserem Land jetzt die Veränderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa zu kommen.“

Mit diesen Worten hat Gerhard Schröder im März 2003 ein umfassendes Programm zur Reform des Arbeitsmarktes, zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme und für wirtschaftliches Wachstum vorgelegt. Und er fügte hinzu: „Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale bei Seite drängen würden.“

Reformen sind kein Selbstzweck. Der politische Anspruch der Sozialdemokratie besteht darin, Reformpolitik mit der Idee der Freiheit und des sozialen Fortschritts zu verbinden. Wir wollen Chancen eröffnen und Teilhabe sichern, wir wollen die Menschen und ihre Potenziale zu fördern. Wenn wir den Wohlstand in unserem Land sichern wollen, brauchen wir Anstrengungen in Bildung und Qualifizierung, in Forschung und Entwicklung, bei Innovationen und der Modernisierung von Betrieben und Verwaltungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Land ist stark. Wir haben eine vielfältige Bildungslandschaft, leistungsfähige Unternehmen und engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und diese stehen im internationalen Wettbewerb.

Grenzen, Schranken oder Schutzwälle um unser Land, um unsere Betriebe oder um unser Know how gibt es nicht mehr. Wer meint, wir könnten uns zwischen Globalisierung ja oder nein entscheiden, der irrt gewaltig. Es geht nur noch um das wie!

Wir haben ein sicheres Fundament für den Fortschritt unseres Landes. Das werden wir dazu nutzen, den Wohlstand und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu sichern.

Darum musste sehr vieles auf einmal angepackt werden. Einiges davon braucht seine Zeit. Nicht überall können nach den Versäumnissen der 80er und 90er Jahre Erfolge sofort sichtbar werden. Manche Maßnahmen waren zunächst ungewohnt und noch nicht allen Bürgerinnen und Bürgern haben wir klar machen können, wie wichtig unsere beharrliche Politik der Erneuerung Deutschlands ist, damit wir nicht nur heute, sondern auch zukünftig in Wohlstand und sozialer Sicherheit leben können.

Bei dieser Vermittlung waren wir noch nicht gut genug, oder um es netter zu sagen, hier gab es erhebliches Optimierungspotential.

Mittlerweile erkennen die Menschen in Deutschland, welche enormen Wirkungen der demografische Umbruch für die soziale Sicherung, für die Bildung, für die Wirtschaft und für die Arbeit hat. Sie verstehen, dass die großen Aufgaben der Zukunft nicht mit den Rezepten und Instrumenten der Vergangenheit zu lösen sind.

Erst die gründliche Erneuerung macht Gerechtigkeit und neue Lebenschancen möglich. Nur eine dynamische und innovative Gesellschaft wird im 21. Jahrhundert soziale Gerechtigkeit und gleiche Teilhabe für alle schaffen können. Deshalb die Agenda 2010.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der 1. Januar 2005 markiert einen Meilenstein bei der Umsetzung der Agenda 2010. Die Steuersätze sinken auf ein Rekordtief und mit der Umsetzung von Hartz IV wird die letzte Stufe einer umfassenden Reform des Arbeitsmarktes in Angriff genommen.

Der Eingangssteuersatz sank von fast 26 Prozent auf 15 Prozent. Der Spitzensteuersatz wurde von 53 Prozent auf 42 Prozent verringert und der Grundfreibetrag von 6.322 Euro auf 7.625 Euro erhöht.

Ab 2005 wird deshalb jeder vierte Steuerpflichtige in Deutschland keine Lohn- und Einkommenssteuer mehr bezahlen.

Wir haben gegen den geballten Widerstand der Opposition eine Mindestgewinnbesteuerung für Großunternehmen durchgesetzt. Wer Gewinne macht, kann nicht (wie Vodafone) Verlustvorträge vollständig gegen rechnen, sondern muss wenigstens 40 Prozent der Gewinne versteuern. Und wir schließen konsequent jedes Steuerschlupfloch, das Einzelne für sich erschließen, oftmals auch zu Lasten der Kommunen. Auch hier leider oft gegen erheblichen Widerstand.

Die Gemeindefinanzreform mit einem Entlastungsvolumen von 7 Mrd. Euro – von allen Kommunen heiß ersehnt – ist im Vermittlungsausschuss Ende 2003 gescheitert. Der Kompromiss von 2,5 Mrd. Euro bedeutet für die Kommunen aber nur eine unzureichende Erleichterung. Deshalb muss auch die Gemeindefinanzreform wieder auf die politische Agenda.

Was bedeutet das alles? Es bedeutet, dass dieser von uns durchgesetzte Aufbruch in der Steuerpolitik allen nützt – vielen aber ganz besonders. Überdurchschnittlich entlastet werden nämlich die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit kleinen oder mittleren Einkommen, die Familien mit

Kindern sowie die kleinen und mittleren Betriebe. Ihnen vor allem bleibt deutlich mehr Netto vom Brutto.

Sehr geehrte Damen und Herren,

aber der Staat muss auch handlungsfähig bleiben. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Der Staat muss seine Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen können. Deshalb stößt Steuersenkungspolitik irgendwann an ihre Grenzen. Die Zukunft unserer Wettbewerbsfähigkeit liegt nicht in einem internationalen Wettlauf um Dumpinglöhne und die niedrigsten Steuern wie konservative oder kapitalistische Kräfte uns glauben machen wollen.

Da können und wollen wir nicht mitmachen. Wir müssen nur immer so viel besser sein, wie wir teurer sind. Made in Germany muss wieder ein Qualitätssiegel werden.

Teilhabegerechtigkeit und Chancengerechtigkeit sind schon immer zentrale Ziele der Sozialdemokratie gewesen, um die Weitergabe und Vererbung von Armut zu durchbrechen. Teilhabe an Bildung und die Befähigung zur Ausbildung und damit die Eröffnung von Zukunftschancen stehen deshalb auch im Mittelpunkt der Agenda 2010.

Sehr geehrte Damen und Herren,

arbeitslose Menschen bleiben in Deutschland deutlich länger ohne Job als in allen vergleichbaren Ländern Europas. Die Hartz-Reform setzt auf Aktivierung und Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, weil wir wissen: Dauerhaft von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen zu sein ist eine der größten sozialen Ungerechtigkeiten überhaupt. Erzwungene Untätigkeit nimmt Menschen Lebenschancen, Mut, Zuversicht – und am Ende auch ihre Würde.

Deshalb brauchen wir dringend effektive Vermittlung und umfassende Beratung in allen Lebensbereichen.

Sozialämter und Arbeitsagentur erbringen ihre Leistungen künftig aus einer Hand. Der Drehtüreffekt ist Vergangenheit. Alle Erwerbsfähigen, auch erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger, bekommen Zugang zu den Leistungen der Arbeitsämter.

Für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wurden Übergangszeiten bei der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und erhöhte Vermögensanrechnungen festgeschrieben um soziale Härten zu vermeiden oder abzumildern. Und jeder junge Arbeitslose unter 25 erhält künftig ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Ausbildungsstelle oder eine Maßnahme, die für die weitere berufliche Entwicklung förderlich ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein erhebliches Problem in Deutschland stellt die heutige Geburtenrate dar. Fast alle jungen Menschen wünschen sich eine Familie, wünschen sich Kinder. Warum nehmen so viele von diesem Wunsch als Erwachsene Abstand? Weil über viele Jahrzehnte die Rahmenbedingungen vernachlässigt wurden. Aber ohne Kinder gibt es keine Zukunft. Darum stehen Familien zu Recht im Mittelpunkt:

- Die Erhöhung des Kindergeldes von 112 auf 154 ist ein richtiger Schritt.
- Jedes Kind braucht die bestmöglichen Lern- und Bildungschancen – von Anfang an und unabhängig von seiner sozialen Herkunft. Das ist ein sozialdemokratisches Urthema seit mehr als 140 Jahren. Und es ist vielleicht *die* entscheidende Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts. Deshalb setzen wir auf den stetigen Ausbau qualitativ hochwertiger Ganztagsbetreuung in Schulen, in Krippen und in Kindergärten.
- Familie und Beruf müssen viel besser unter einen Hut zu bekommen sein. Auch deshalb braucht Deutschland mehr Ganztagschulen. Bis 2007 wendet der Bund allein hierfür 4 Milliarden Euro auf.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschlands Reichtum steckt in den Köpfen seiner Menschen. Das und nichts anderes ist die langjährige Stärke unserer Gesellschaft gewesen. Genau diese Stärke müssen wir für die Zukunft bewahren.

Denn nur wenn wir genug können und wissen, wird unser Land im 21. Jahrhundert seinen Wohlstand behaupten können. Ohne zeitgemäße Bildung und Kenntnisse wird es den Menschen in der Wissensgesellschaft immer schwerer fallen, im Beruf erfolgreich zu sein. Das macht die Bildungsfrage zur größten Gerechtigkeitsfrage überhaupt.

Jeder Jugendliche, der die Schule ohne Abschluss verlässt, ist einer zu viel. Ob in Deutschland in Zukunft Arbeitsplätze gesichert und neue Jobs geschaffen werden können, hängt vor allem davon ab, wie gut die Ideen, die Verfahren und Produkte sind, die in dieser Gesellschaft entwickelt werden. Keine Politik der Welt kann Menschen vorschreiben, gute Ideen zu haben und innovative Produkte zu entwickeln – aber Politik kann die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen überhaupt gute Ideen haben können.

Darum war und bleibt es richtig, die Ausgaben für Bildung und Forschung Jahr für Jahr zu erhöhen.

Wir fördern schwerpunktartig die Forschungsbereiche mit den größten Potenzialen auch für wirtschaftliches Wachstum. Das sind heute die Informations-, Kommunikations-, Gesundheits- und Biotechnologien.

Einen Bereich möchte ich hier besonders erwähnen, das ist der Bereich Umwelttechnik. Wir sind führend auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien und wir sind führend, was Kraftwerkstechnik und Fördertechnik angeht. Beides muss auch so bleiben, denn wir brauchen beides: Ökologie und Ökonomie. Wir brauchen eine saubere Umwelt, wir brauchen saubere Energien, wir brauchen

Effektivitätssteigerung bei der Stromerzeugung und wir brauchen bezahlbaren Strom für unsere Industrie.

NRW ist und bleibt ein Industrieland und zwar eines mit Verantwortung für die Menschen, für die Umwelt und für die Wirtschaft.

Alles im Leben hat Voraussetzungen. Unser Sozialstaat kann auf Dauer nicht mehr Leistungen bieten, als die Wirtschaftskraft unseres Landes hergibt. Man muss nur zwei und zwei zusammenzählen: Immer mehr Menschen werden immer älter. In der Versicherungssprache heißt das Langlebigerkeitsrisiko, für mich heißt das Glück.

Zugleich macht der medizinische Fortschritt immer bessere Methoden der Behandlung möglich. Und auch das ist erfreulich. Doch zusammen machen diese beiden positiven Entwicklungen die Sozialversicherung teurer – heute und in absehbarer Zeit.

Ständig steigende Lohnnebenkosten jedoch wären Gift für die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft. Wenn unter diesen Bedingungen eine gute Versorgung für alle möglich bleiben soll, dann brauchen wir mehr Zielgenauigkeit, mehr Sparsamkeit und mehr Effektivität in unseren Sozialversicherungssystemen.

Nach einem Jahr zeigt sich, dass die Gesundheitsreform wirkt:

- Bereits über 25 Millionen Versicherte profitieren von ersten Beitragssenkungen, und weitere Senkungen werden folgen.
- Zum ersten Mal seit zehn Jahren schreibt die Gesetzliche Krankenversicherung wieder schwarze Zahlen – ein wichtiger Schritt der Konsolidierung.

Diesen Weg werden wir zielstrebig fortsetzen. Denn nur wenn die Gesundheitsversorgung in Deutschland auf soliden Füßen steht, werden wir sie für die künftigen Jahrzehnte bewahren können.

Unser Ziel heißt Bürgerversicherung, also Stärkung und Ausbau der Solidargemeinschaft:

Menschen für Menschen, Generationen für Generationen, Wohlhabende für Benachteiligte, Gesunde für Kranke. Jeder nach seiner Leistungsfähigkeit. Das ist meine Definition von Solidarität.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn eine Gesellschaft älter wird, dann wird die Alterssicherung schwieriger. Heute finanzieren nach unserem Generationenvertrag – statistisch gesehen – vier Beitragszahler eine Rentnerin oder einen Rentner. Aufgrund der Entwicklung unserer Bevölkerung werden aber in 30 Jahren nur noch zwei Beschäftigte zur Verfügung stehen, um für einen Rentner oder eine Rentnerin zu sorgen. Oder um es anders auszudrücken: In einem Arbeitsleben von 35 bis 40 Jahren muss soviel erwirtschaftet werden, dass man 80 Jahre sicher und gut versorgt leben kann. Aus diesem Grund waren die Maßnahmen der Rentnerreform notwendig und richtig. Wir bauen auch weiter auf ein solidarisches System. Und auch hier heißt das langfristige Ziel Bürgerversicherung.

Was auf keinen Fall passieren darf, ist ein Riss in unserer Gesellschaft zwischen Jung und Alt. Dass die Jüngeren vorschreiben, welche medizinischen Maßnahmen sich ab welchem Alter nicht mehr lohnen und die Älteren den Jüngeren vorwerfen, dass sie von ihrer sauer verdienten Rente für ihre Bildung aufkommen müssen. Beides sind Grundvoraussetzungen für eine soziale Demokratie. Demographischer Wandel ist nicht nur Herausforderung er ist auch Chance. Darauf müssen wir uns besinnen, zum Wohl der Menschen in einer lebenswerten Gesellschaft.

Eine Sorge möchte ich den älteren Menschen gerne nehmen: Das Alterseinkünftegesetz führt keineswegs dazu, dass seit dem 1.1. alle Rentner Steuern bezahlen müssen. Es bedeutet nur, dass alle Alterseinkünfte -

gesetzliche Renten ebenso wie bisher schon die Beamtenpensionen - nachgelagert, also bei Erhalt versteuert werden.

Über drei Viertel der Rentnerinnen und Rentner werden aber auch nach dem neuen Recht keine Steuern auf ihre Rente zahlen. Der lange Übergangszeitraum von 35 Jahren verschont die jetzigen Rentner und die rentennahen Jahrgänge weitgehend vor der Besteuerung. Erst ab 2040 sind die gesetzlichen Renten zu 100 Prozent steuerpflichtig. Parallel dazu erhöht sich der steuerfreie Betrag zur Altersvorsorge bis 2025.

Netto bleibt also mehr vom Einkommen übrig: Schon im kommenden Jahr werden die Berufstätigen um über eine Milliarde Euro entlastet, 2025 um 20 Milliarden Euro. Die steuerliche Entlastung bei den Rentenbeiträgen kann für die zusätzliche kapitalgedeckte private Altersvorsorge genutzt werden, z.B. für die steuerlich geförderte Riester-Rente oder im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin sicher: Die sozialdemokratische Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit ist die bestmögliche, um den Herausforderungen gerecht zu werden und die soziale Demokratie zeitgemäß fortzuentwickeln und vor allem auch für die zukünftigen Generationen zu garantieren.

Erlauben Sie mir hier einen kurzen Schlenker zu den anderen Parteien. Deren Vorstellungen sind mit meinen Grundprinzipien einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung nicht mehr vereinbar.

Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen:

Zuerst Arbeitnehmerrechte:

Der Kündigungsschutz für Neueinstellungen soll erst nach vier Jahren einsetzen und erst für Unternehmen mit 20 Mitarbeitern und für Arbeitnehmer ab 53 ganz wegfallen. Faktisch wird die Abschaffung des Flächentarifvertrages gefordert und die Marginalisierung der Gewerkschaften.

Nun kann jeder selbst entscheiden, wie wichtig es ist, dass Arbeitnehmerrechte geschützt sind. Für mich ist das elementar. Starke Gewerkschaften und starke Unternehmen haben Deutschland stark gemacht. Und so soll es bleiben. Arbeitnehmerschaft und Unternehmen auf gleicher Augenhöhe sind unsere Garanten für eine leistungsfähige Wirtschaft. Wer daran rüttelt, wird noch nicht einmal kurzfristig Erfolg erzielen. Und auf lange Sicht macht es uns alle schwach. Ganz nebenbei bemerkt: Weder bei Opel noch bei Karstadt, weder bei Holzmann noch bei FlowTex waren es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Millionen in den Sand gesetzt haben. Aber in allen Fällen waren sie die Verlierer.

Zweites Beispiel – Weiterentwicklung der Gesundheitsreform:

Sehr geehrte Damen und Herren,

hier heißt das Stichwort Kopfpauschale.

In der Süddeutschen Zeitung wurde der zwischen CDU und CSU gefundene Kompromiss zu Recht als ein bürokratisches, unsoziales „**Lohnnebenkosten-abkoppelungs-einheitspauschal-steueranteil-modell**“ bezeichnet. Und so wirr wie dieser Name ist die ganze Politik. Wer soll verstehen, dass zuerst alle das gleiche bezahlen, eine Mammutbürokratie die Beträge sammelt, eine weitere Stelle prüft, wer zuviel bezahlt hat, und eine weitere Behörde Beträge zurückerstattet und am Ende doch alles in einem Topf landet.

Wer verlangt, dass die fehlenden 40 Milliarden über einen Zuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer finanziert werden soll, muss dazu sagen, dass das eine Steuererhöhung von 20% bedeutet.

Auch das Motto der FDP, „wenn jeder an sich denkt ist an alle gedacht“, kann ich nicht unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

2005 ist das Jahr, in dem wir auch einen ganz besonderen Anlass feiern können: Wir leben in Deutschland seit 60 Jahren in Frieden. Ein Blick in das nahe und weite Ausland zeigt, dass das keine Selbstverständlichkeit ist. In den letzten Jahren beteiligt sich die Bundeswehr in vielfältiger Weise an multinationalen Friedenseinsätzen. Politisch wie militärisch leisten unsere Soldaten und Soldatinnen in Afghanistan, in Bosnien, im Kosovo und in anderen Gegenden einen Beitrag zur Gefahrenabwehr, Sicherung des Friedens und Terrorbekämpfung.

Und die bürgerkriegsähnliche Entwicklung im Irak hat unsere Entscheidung bestätigt, dass sich Deutschland nur an international abgestimmten und vom Völkerrecht sanktionierten Maßnahmen beteiligt. Deutschland ist in den vergangenen Jahren zu einer der Nationen geworden, die die meisten Soldaten und Soldatinnen für internationale Friedensmissionen zur Verfügung stellt. Der Irakkrieg gehörte zu Recht nicht dazu.

Eine solche Umstellung der Bundeswehr von der ursprünglichen Aufgabe der Landesverteidigung zur Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen macht eine tiefgreifende Reform der Bundeswehr unvermeidlich. Davon sind auch die Bundeswehrstandorte in Kerpen und Nörvenich durch Personalabbau und Versetzungen betroffen. Für die betroffenen Soldatinnen und Soldaten sowie für die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr und deren Familien bedeutet das oftmals persönliche Härten und Einschnitte. Deshalb wird die Reduzierung der Stellen über einen mehrjährigen Zeitraum umgesetzt werden. Den Betroffenen und auch den betroffenen Kommunen verbleibt dadurch Zeit, sich auf die neue Lage einzustellen.

Trotzdem kann ich sagen, der Einsatz für den Standort hat sich gelohnt. Mit dem Ergebnis können alle gut leben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Deutschland und natürlich auch im Rhein-Erft-Kreis leben Menschen verschiedener Herkunft, Kulturen und Religionen. Diese Realität gilt es - mit all ihren Chancen und Problemen - anzuerkennen und zu gestalten. Mit dem Anfang des Jahres in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz wird endlich ein Rahmen für eine geregelte Zuwanderung und eine Integration gelegt.

Die Grundlage unseres Zusammenlebens bildet unser verfassungsrechtlicher Wertekanon: die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Freiheit der Person, die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Religionsfreiheit. Das Grundgesetz und die Gesetze, die sich aus ihm ableiten, gelten für jeden im Lande. Keine kulturelle oder religiöse Maxime kann dies außer Kraft setzen. Das Recht und die Pflicht für Zuwanderer, unser Grundgesetz anzuerkennen und die deutsche Sprache zu lernen, sind hierbei vorrangig und sind im neuen Zuwanderungsgesetz geregelt.

In allen Gesellschaften gibt es Menschen, die sich nicht an die Gesetze halten und eine Kultur des Zusammenlebens stören oder zerstören wollen. Solche Fälle müssen verfolgt und dürfen nicht verharmlost werden. Aber sie dürfen auch nicht für politische Agitation missbraucht werden und damit das gesellschaftliche Klima in Deutschland belasten.

Wir sollten es besser wissen und die Untiefen bedenken. Von "fremd" zu "gefährlich" ist es im Kopf nicht weit und im Bauch schon gar nicht.

Die Debatte dieser Tage ist auch eine Chance für einen neuen Anlauf zu einer sinnvollen Integration. Gelingen wird das nur, wenn alle mitmachen, Deutsche und Nichtdeutsche und Miteinander reden, nicht übereinander.

Richtung kann uns dabei ein Zitat von Johannes Rau geben: „Wir wollen gute Nachbarn sein, nach innen und außen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Genossinnen,

die Andersdenkenden unter Ihnen werden mir nachsehen, dass ich ein persönliches Wort zur Landtagswahl 2005 sage. Diese Landtagswahl am 22. Mai in Nordrhein-Westfalen entscheidet nicht nur darüber, wer in unserer Heimat NRW, dem größten und schönsten Bundesland, weiter regieren wird. Wir entscheiden auch, wie in Berlin weiter regiert werden kann. Ich bin sicher, wir werden gewinnen. Dafür gibt es viele gute Gründe. Es wird uns gelingen, eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Opposition im Bundesrat zu verhindern. Mit einer solchen Zwei-Drittel-Mehrheit ausgestattet, könnte jedes Gesetz vom Bundesrat abgelehnt werden. Eine solche Lähmung der Bundespolitik werden wir zu verhindern wissen.

Ich wünsche ganz besonders Dir, lieber Hardy, von Herzen viel Erfolg.

„Erfolg ist eine Chance, verpackt in harte Arbeit“, sagt ein Zitat.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen guten Start in das Jahr 2005.

Glück auf